

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Größte Verbreitung in Sachsen.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4.

Berufspreiser: Redaktion Nr. 18 897, Expedition Nr. 18 898, Verlag Nr. 18 928. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden.

Konkurrenz:
Die einzige Konkurrenz ist die Dresdner und Vorwärts... für den Abend... für den Morgen... für den Nachmittag... für den Abend... für den Morgen... für den Nachmittag...

Verkaufspreis:
Im Dresdner Vertriebsgebiet monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2,40 Mk., halbjährlich 4,80 Mk., jährlich 9,60 Mk. ...

Zwischen Krieg und Frieden.

Friedensbemühungen Englands und Italiens. — Unsicherheit in Paris und Petersburg. — Entschlossenheit in Wien.

Die zahlreichen im Laufe des Sonntag ein-
gelaufenen Telegramme haben wir, soweit sie von
staatlicher Bedeutung waren, bereits in einer
Reihe von Extra-Blättern veröffentlicht. Es
erhebt daraus sowie aus den heute eingelaufenen
Nachrichten zunächst, daß abgesehen von Montenegro,
Serbien auf dem Balkan keine Hilfe zu
erwarten hat. Seine Bundesgenossen im zweiten Balkan-
krieg, Griechenland und Rumänien,
haben durch ihre Neutralitätserklärung
bezeugt, daß sie sich an der Verteidigung eines
Serbienmordes nicht beteiligen. Bulgarien hat ein-
deutig das gleiche getan, nachdem ihm vom serbischen
Ministerpräsidenten im voraus eine Entschädigung
versprochen worden ist. Seine Sympathien gehören
hier ebenso wie die der Türkei Österreich. Die
Rechnung Italiens, die er in einem Interwiew ge-
macht hat, daß viele Roteine einen großen nicht zu
helfen brauchen, stimmt also bereits nicht.
Man sollte denken, daß die Großstaaten sich
nicht durch die Befreiung der kleinen Balkan-
staaten belächeln lassen. Von ihnen hat Italien
für Österreich wohlwollende Neutralitätser-
klärungen abgegeben, die sich natürlich nur auf den
ausgesprochenen serbisch-österreichischen Konflikt be-
ziehen. Das entspricht auch durchaus der Auffassung
Deutschlands, daß nämlich dieser Konflikt Öster-
reich-Ungarn und Serbien allein angeht. In
Petersburg will man natürlich dieser Auffassung
nicht anerkennen; zu sehr ist ja Serbien immer-
hin von dort aus zu seiner gefährlichen Politik gegen
Österreich ermuntert worden, bis zu dem Augen-
blick hin, wo die österreichische Note abgelehnt
wurde. Der erste russische Minister ist indes zu
seinem Entschluß gekommen, obwohl der Kriegs-
minister für den Krieg eingetreten sein soll. Das
Ergebnis des zweiten ist zwar eine drohende Erklä-
rung gegen Österreich und für Serbien, aber ohne
daß ein militärischer Schritt beschlossen worden ist,
der nicht mehr zurückgehen werden könnte. Man ist
sich in auch in Petersburg völlig darüber klar, daß
ein Krieg gegen Österreich zugleich gegen Deutsch-
land gerichtet sein würde, was das Hauptziel „Rom-
Berna“ zu der lächerlichen Verdrängung veranlaßt
hat, Deutschland die Schuld in einem Konflikt zuzu-
schreiben und ihm einen Bundesbund und Verrat
anzumuten. Es geht aber auch andere russische Stim-
men, so das angebliche Rabotenski-Blatt „Riesch“, die
vor neutralen Maßnahmen warnen. Von den
parlamentarischen Kreisen ist Rußland bisher
feindschaftlich ermuntert worden, und noch viel weniger
von England, das Rußland die falsche Schulter
leiht. Nimmt man hinzu, daß Österreich noch den
Serben eine kurze Zeit zur Bestimmung gelassen hat
und die rechtlichen Bemühungen der deutschen Diplo-
matie, jeden ungeschickten Versuch einer Ein-
mischung fernzuhalten, ferner die Aufregungen
einer Großmacht, einen Ausgleich herbeizuführen,
so kann man die Gesamtlage zwar
als unheimlich ernst, aber noch nicht
als verzweifelt bezeichnen. Man braucht die
Hoffnung durchaus nicht aufzugeben, daß wegen
der Verdrängung eines Kleinmächts, wo der politische
Wort geführt und geholt wird, nicht die ganze Welt
in Flammen gesetzt werde. Sollte es freilich anders
sein, so werden — das zeigen schon jetzt die ein-
seitigen patriotischen Kundgebungen in
allen deutschen Bundesstaaten, von
denen solche in Tisch-Vorlesungen besonders hervor-
gehoben zu werden verdienen — frivole An-
regungen das gesamte deutsche 65. Mil-
lionen-Volk gegen sich haben.

Der Inhalt der serbischen Antwortnote

In den Berliner Pressekreisen, auch einem
unserer politischen Mitarbeiter auf der
serbischen Gesandtschaft in einer Zusammen-
fassung der wichtigsten Punkte folgendermaßen
hervorgehoben worden:

G. Berlin, 27. Juli. (Priv.-Tel. der
Dresdner Neuesten Nachrichten.) Auf der hiesigen
serbischen Gesandtschaft ist gestern früh abends der
Botschaft der vom Ministerpräsidenten Vukitch
dem österreichischen Gesandten übermittelten Ant-
wortnote eingetroffen. Das Telegramm hat von
Belgrad aus den Umweg über Petersburg machen
müssen und hat, da es sehr umfangreich ist, einen
heiligen Tag an seiner Reise gebraucht. Wie ich auf
der Gesandtschaft erfuhr, hat das Telegramm bei
den Herren großes Aufsehen erregt. Man hat in
Berlin nach dem lächerlichen Abbau der diploma-
tischen Beziehungen und der päpstlichen Abreise des
Papstes viel und Belgard nicht geglaubt, daß die
Antwortnote derartig entgegenkommend sei, wie
es den Herren der serbischen Gesandtschaft hier er-
scheint. Die ausführliche Beantwortung der öster-
reichischen Note geht auf alle Einzelheiten ein und
ist nach Ansicht der hiesigen serbischen Diplomaten
„sehr entgegenkommend“ gehalten. Und der Ant-
wortnote geht hervor, daß die serbische Regierung
überhaupt gemeint sei, durch ihre Antwort jeden
Mißverständnis zwischen den beiderseitigen Staa-
ten zu beseitigen. Die österreichischen Proteste,
sowie die Entschuldigungen und Andäulungen verant-
wortlicher serbischer Staatsvertreter, auf die in der
österreichischen Note im ersten Absatz Bezug ge-
nommen wird, glaube die serbische Regierung als
durch die Erklärung vom 18. März 1909 erledigt be-
trachten zu können. Von dieser Zeit an seien weder

von der Regierung, noch ihren Organen Verleumdungen
gemacht worden, an dem politischen und juristischen
Zustande der Annexion von Bosnien und der
Herzegovina etwas zu ändern. Die serbische Re-
gierung habe bei einer ganzen Serie von Zwischen-
fällen zwischen Serbien und Österreich großes
Entgegenkommen gezeigt, und es sei ihr gelungen,
auch die größte Zahl der Fälle zur beiderseitigen
Zufriedenheit zu regeln. Deshalb sei die serbische
Regierung peinlich überreicht durch die
Behauptung, daß gewisse Staatsan-
gehörige des Kaiserreichs Serbien an
den Vorbereitungen zu dem Attentat
in Sarajewo teilgenommen hätten.
Die serbische Regierung habe aufgefodert zu wer-
den, an allem mitanzuerkennen, was zur Er-
mittlung dieses Verbrechens dienen könne,
und sei bereit, durch Taten ihre korrekte
Haltung zu zeigen, auch gegen alle Personen einzu-
schreiten, über die man der serbischen Regierung
Mitteilung gemacht hätte. Die serbische Regierung
sei geneigt, jeden serbischen Untertan
ohne Unterschied der Stellung und des Ranges
dem Gericht auszuliefern, für den die
Beweise der Mitschuldhaft an dem
Attentat in Sarajewo erbracht werden. Die
serbische Regierung verpflichtet sich ferner, eine Er-
klärung im Amtsblatt abzugeben, deren Haupt-
punkt dieser Erklärung befinde, wie man mit
teilt, daß die serbische Regierung jede Propaganda
verstehe, die gegen Österreich-Ungarn gerichtet
ist. In der Antwortnote sei ferner die
notwendige Erklärung enthalten, daß die
österreichische Regierung nach der Überzeugung
der österreichischen Note den in dieser genannten
Major Tanclovic, der der Mitschuldhaft an
dem Sarajewer Attentat beschuldigt wurde, so-
fort habe verhaften lassen. Der gleich-
falls in der Note erwähnte Eisenbahnbeamte
Glanovic habe nicht verhaftet werden
sollen, weil er sich den Behörden durch Flucht
entzogen habe. Glanovic sei nicht serbisch,
sondern österreichischer Untertan, nicht Beamter
der serbischen Eisenbahn gewesen, son-
dern habe nur eine Anstellung als Hilfs-
arbeiter dort gefunden. Sein Aufenthalts-
ort sei nicht zu ermitteln. — Wenn die
österreichisch-ungarische Regierung mit dieser
Antwort der hiesigen serbischen Regierung nicht
zufrieden sein sollte, so erwarte die serbische Re-
gierung, daß sich Österreich-Ungarn in dieser
Frage nicht überreicht. Die hiesigen serbischen Re-
gierung sei immer geneigt, eine friedliche Lösung
herbeizuführen.

Demgegenüber können wir nur wiederholt fest-
stellen, daß uns auf eine persönliche An-
frage im auswärtigen Amt in Wien
ausdrücklich bekräftigt worden ist, daß
der Text der Antwortnote unbeding-
tend war und den Ausdruck der Beziehun-
gen herbeiführte. Solange das Dokument
nicht im Original vorliegt, kann man also einer
Darstellung, wonach fast allen Vordrängen Öster-
reichs in Belgrad ausgehört worden sein soll, nur
sehr skeptisch gegenüberstehen. Ganz abgesehen da-
von, daß Österreich-Ungarn bisher eine erschau-
liche Geduld und Barmherzigkeit bewiesen hat, kann man sich
doch wohl kaum vorstellen, daß die österreichisch-
ungarische Regierung mobil macht, weil — ihren
Forderungen von Serbien Erfüllung ausgelagt wurde!

Mobilmachung in Montenegro.

Wien, 27. Juli. Der „Waldwischen
Korrespondenz“ wird als Getraue gemeldet: Der
Kronrat beschloß unter dem Vorsitz des Königs
die allgemeine Mobilmachung. Es erfolgte große
Kundgebungen für die gemeinsame Vorgehen
mit Serbien. Die Rückkehr des Kronprinzen wird
für heute erwartet.

Begeisterter Empfang des Kaisers in Aiel.

Aiel, 27. Juli. (Priv.-Tel.) Der Kaiser
hat heute vormittag 9 Uhr 4 Min. Aiel verlassen und
ist mit dem Sissonerzug nach Wildpaur abgereist.
Die Abfahrt von „Hohenstein“ nach dem Bahn-
hof Aiel erfolgte schon 1/2 Uhr. Als der Kaiser auf
dem Bahnhof erlitt, wurde er vom Publikum mit
großer Begeisterung begrüßt. Bis zur Abfahrt des
Zuges vergingen noch 20 Minuten, da erst das Ge-
schloß verlassen werden mußte. Während dieser Zeit
wurden von der Menge formidabel patriotische Lie-
der gesungen und Hochrufe abgegeben. Unter Hoch-
rufen verließ der kaiserliche Sonderzug die Station
Aiel.
Die Abreise des Kaisers erfolgte vier Tage früher,
als vorausbestimmt war. Die Hochfeste, die
bis zum 3. August in Belgrad stattfinden sollte, folgt
nach. Die Kaiserin ist bereits 7 Uhr 33 Min.
von Wildpaur auf Station Wildpaur angekommen
und hat sich nach dem neuen Palais begeben. Auch
der Kronprinz hat sich nach Berlin begeben.

Der Kaiser hat der Königin von Bayern die ge-
plante heutige Reise nach München aufgegeben.
Ein Depeschenaustausch zwischen Kaiser und Zar
wird in einer Pariser Meldung aus Petersburg be-
hauptet. Eine Bestätigung von anderer Seite liegt
nicht vor.

Versöhnliche Absichten Frankreichs.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner
Neuesten Nachrichten.)
Paris, 27. Juli.
Dem „Matin“ wird aus Petersburg gemeldet:
Das Ereignis des getrigen Tages, das übrigens
als ein günstiges Symptom bezeichnet wird,
bildete die zweitägige Unterredung des russischen
Ministers des Auswärtigen mit dem österreichischen
Botschafter in Petersburg. Zuerst ging das Gespräch
um, daß Salomon als Erster eine Unterredung mit
dem Vertreter Österreichs verlangt habe, aber nach-
her erfuhr man, daß von beiden Seiten gleichzeitig
der Wunsch geäußert worden war, die Lage zu er-
örtern. Gleich man über den Inhalt der Ge-
spräche zwischen den beiden Diplomaten nichts weiß,
läßt sich an der Tatsache der Unterredung selbst der
Schluß ziehen, daß man in Wien keineswegs das
über ungehalten wäre, mit Salomon in Meinungs-
austausch zu treten. Es wäre gleichwohl gefährlich,
sich einem verfrühten Optimismus hinzugeben, den
die Lage nicht rechtfertigt. Man muß nicht ver-
gessen, daß Rußland als erste Großmacht nach Wien
versöhnliche Worte richtete und eine Verlängerung
der besprochenen Note erbat. Es ist also jetzt nicht
die Reihe an Rußland, weitere Schritte zu tun, son-
dern von Österreich erwartet man, daß es in seiner
unverhüllten Haltung ein wenig nachgibt.
Diese Meinung des „Matin“ wird durch den Sou-
veränitätsblätter deselben Blattes in Berlin als
ein Schatz von großer Bedeutung hingestellt, denn
der österreichische Vertreter wird darauf hin, daß
Österreich-Ungarn in einem Kriege gegen Serbien
Vorteile erweiterungen nicht anstrebe.
Der „Matin“ läßt hinzu, daß der in Petersburg vor-
genommene Schritt des österreichischen Botschafters
wohl mit den deutschen Absichten in Zusammen-
hang zu bringen sei und gleichzeitig den

Beginn einer deutsch-französischen Vermittlung.

Wien, 27. Juli. Falls zwischen Wien und Petersburg eine
Einigung über das Vorgehen Österreichs gegen
Serbien nicht erzielt werden könnte, so läßt sich doch
mit Bestimmtheit erwarten, daß es dann den fried-
lichen Absichten Deutschlands und dem
unverhüllbaren energischen Willen
Frankreichs, den Frieden zu erhalten,
möglich sein wird, Serbien zur Erfüllung
der bisher noch zurückgewiesenen österreichischen For-
derungen zu nötigen und anderseits in Österreich
das Mißtrauen zu beseitigen, daß Serbien diesmal
nur deswegen nachgibt, um in allerzürstiger Frist
Savonac zu nehmen. Man weiß nämlich in Paris
diplomatische Kreise darauf hin, daß die Ableh-
nung der serbischen Antwortnote durch das Wiener
Kabinett noch andere Gründe habe, und daß eine
viel wichtigere Frage als die öster-
reichisch-serbische Differenz gelöst
werden müsse. Deshalb sei es sehr schwierig, einen
Boden zur Verständigung zu finden, und das um so
mehr, als Rußland an derdingenheit aktiv beteiligt
ist. Man glaubt, daß in den Händen des Wiener
Kabinetts Informationen sind, die zeigen, daß die
Zukunft Österreich-Ungarns sehr düster sei und daß
man jetzt loslösen müsse, um

Sicherheit für das Geschick der Doppelmonarchie

zu erhalten. Österreich sei im Norden und
Süden von Feinden umgeben, die es darauf
abgesehen hätten, das ganze Gebiet der Doppel-
monarchie zu zerstören. Wenn nun jetzt die
Mächte dieser Feinde nicht durchkreuzt würden, so
wäre es vielleicht in einigen Wochen schon zu spät,
um dem drohenden Unheil Einhalt zu tun. Wegen
der Schritte des deutschen Botschafters
dem Pariser auswärtigen Amt drücken sich die
der Regierung nachstehenden Blätter sehr verschiede-
artig aus. In den gemäßigten Organen dankt man
dem diplomatischen Vertreter Deutschlands für seine
unvermindert bewanderte Friedensliebe und läßt auch
gleichzeitig nach Berlin Ausrufungen dafür ge-
langen, daß

Der Kaiser von friedlichen Absichten erfüllt

ist. In den nationalistischen Blättern dagegen herrscht
Mißtrauen gegen Herrn v. Schoen und die von ihm
vertrittene Großmacht. Das „Echo de Paris“ scheint
sich nicht, alle von ihm ausgedrückten friedlichen Schritte
als Drohungen hinzustellen, die Frankreich einschü-
tern sollen. Gestern empfing Herr v. Schoen auch meh-
rere Mitglieder der deutschen Kolonie, denen er be-
sondere Mitgefühl über die Lage sagte; er sagte
hingegen, daß man die Lage in unterrichteten
Kreisen für sehr ernst, aber keineswegs

für verzweifelt halte. Die Stimmung der Pa-
riser Presse ist verschieden. Es wird nur ungern fest-
gestellt, daß

Frankreich in diesem Augenblick nicht schlagfertig

ist. Das „Petit Journal“ veröffentlicht aus der
Feder des Deputierten Taconet einen Artikel, in dem
es heißt: Ich glaube, daß Herr Salomon sich wiederum
daran bemüht, für das Annexionsjahr Re-
vanche zu nehmen. Wir glauben wohl, daß der
Treibhand nicht imstande sei, gegen den Treibhand
ins Feld zu ziehen. Wir müssen zugeben, daß weder
wir, noch Rußland, noch England im Augenblick
kriegsbereit sind. Wir denken auch gar nicht
daran, uns wegen Serbiens zu schlagen,
das dürfen und können wir nicht tun. Der Deputierte
Fainferé stimmt große Klagen über die

Mißstände in der Marine

an. In einem Briefe an den früheren Ministerpräsi-
denten Clemenceau heißt er sehr, daß vier französische
Schlachtkräfte nicht kriegsbereit sind und mehrere
Fregatten erst insstand gesetzt werden müssen, um
in See gehen zu können. Trotzdem führt ein Teil
der Pariser Presse eine entsetzliche und sieges-
bewusste Sprache. So schreibt die „Aurore“, daß
nun die Stunde gekommen sei, wo sich ganz Frankreich
wie ein Mann erheben müsse, um, frei von germani-
schen Besatzungen, der Schiffskunde entgegenzu-
treten und das Vaterland zu verteidigen. Der „E-
clair“, der sich überaus ruftentzündlich gebietet, er-
klärt, Frankreich könne niemals zugeben, daß germa-
nische Völker auf dem Balkan eine hervorragende
Stellung erringen und Rußland daraus vertreiben
würden.

Vermittlungsvorschlag Englands angekündigt

und geraten, die französische Presse möge sich des-
halb einhelliger als bisheriger Tonart enthalten.
Ferner soll England erklärt haben, die Nordsee
müsse vom Kriege freibleiben, und dem russischen
Botschafter, dem bereits die erste Forderung der eng-
lischen Behörden auftritt, ihr Bestreben an
dem serbisch-österreichischen Konflikt eröffnen haben.
Dem entsprechen Mitteilungen, die in dem uns zu-
gehenden Drahtbericht unserer Londoner Redaktion
enthalten sind:

London, 27. Juli. (Priv.-Tel. der
Dresdner Neuesten Nachrichten.) Trotz des Ab-
bruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen
Österreich und Serbien und trotz der Verhaftung
des serbischen Generals durch ungarische Behörden
wird hier die Lage noch nicht als hoff-
nungslos betrachtet und in hiesigen diploma-
tischen Kreisen rechnet man noch mit einer fried-
lichen Lösung des Konflikts zwischen Österreich
und Serbien. Der Grund für diesen Optimis-
mus ist in der Tatsache zu suchen, daß Rußland
es nicht mehr eilt hat, wegen Serbiens einen
Wehrband herauszubekommen oder, wie die hiesi-
gen Gegner Rußlands behaupten, weil Rußland
seinen Schützlingen immer viel verspricht und
nichts hält. Während der letzten drei Tage war
Rußland diplomatisch sehr tätig. Es hat versucht,
durch die Vermittlung von London auf Wien
einen Druck auszuüben, aber ohne Erfolg. Aber,
was jetzt aber eine russische Mobil-
machung bekannt geworden ist, beruht auf Ver-
mutung und kommt aus Paris. Hier ist
nichts davon bekannt, daß die russische Regierung
selbst eine Teilmobilmachung angeordnet hat, und
man glaubt auch nicht, daß Rußland im Ernstfall
Serbien zur Hilfe kommen wird, wie man es in
Belgrad angenommen hat. Die Serben müssen
sich nun darüber klar sein, damit sie die österrei-
chischen Forderungen, die man hier als berechtigt
ansieht, bewilligen. Es ist interessant, zu be-
achten, daß mit Ausnahme der „Times“ und der
„Daily Mail“, von denen alle Welt behauptet,
daß sie von Rußland befohlen sind, sich

Die ganze Presse auf österreichischer Seite

besteht und daß England von einem schlan-
dischen Kriege nicht in Mitleiden-
schaft gezogen werden könne und dürfe. Der
hiesige deutsche Botschafter hatte eine längere
Unterredung mit dem österreichischen Vertreter
in Wien. In diplomatischen Kreisen verlan-
det, daß England die Vermittlung über-

Zwischen Frankreich und England kein Mißverständnis

besteht und daß England von einem schlan-
dischen Kriege nicht in Mitleiden-
schaft gezogen werden könne und dürfe. Der
hiesige deutsche Botschafter hatte eine längere
Unterredung mit dem österreichischen Vertreter
in Wien. In diplomatischen Kreisen verlan-
det, daß England die Vermittlung über-